

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungslife Nr. 4099 A, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Freitag, den 18. Juni 1897.

4. Jahrgang.

## Mitbürger! Genossen! Agitirt eifrig für die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen!

Hierzu eine Beilage.

### Eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

„Wäge man über die Sozialdemokratie rücksichtlich ihrer Grundzüge und Bestrebungen denken, wie man wolle, jedenfalls ist sie eine hochbedeutende Erscheinung, die zu ernstlichen und gewissenhaften Studien herausfordert.“ Seitdem diese Worte gesprochen wurden, sind mehr als zwanzig Jahre verfloßen. Wir vernahmen sie aus dem Munde eines nicht zu verachtenden Gegners der Sozialdemokratie, des alten Reichensführers Windhorst. Schon damals hatte sie die ersten Stadien ihrer Entwicklung, in denen sie als vermeintliches „Produkt krankhaften Geistes“ die hochmüthige Verachtung und den thörichten Spott ihrer Gegner zu ertragen hatte, überwunden. Inzwischen ist sie im Deutschen Reich herangewachsen zur stärksten politischen Partei, deren Anhänger nach Millionen zählen, und zwar trotz der ungeheuren, stetig gesteigerten Verfolgungen, die den Zweck hatten, sie zu „vernichten.“ Längst bildet sie den Mittelpunkt des Parteikampfes nicht nur, sondern ganz naturgemäß auch der Erwägungen und Entschlüsse der Staatsgewalt, die in ihr das hauptsächlichste Ziel aller „Umsatzbekämpfung“ sieht.

In demselben Maße wie die Sozialdemokratie an politischer Bedeutung gewann, wurde in den Kreisen ihrer Bekenner sowohl wie in den Kreisen ehrlichen Gegners, welche geneigt und bereit waren, sich über sie zu informieren, ihr ein ernsthaftes Studium zu widmen, immer lebhafter das Bedürfnis empfunden, eine gründliche, umfassende, sich auf authentisches Material stützende Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu besitzen. Bereits vor dem Sozialistengesetz beschäftigte man sich in den leitenden Parteikreisen mit der Frage der Erfüllung dieses Wunsches. Unter dem zwölfjährigen Ausnahmezustand, den die Partei zu bestehen hatte, war selbstverständlich nicht daran zu denken, mit der Verwirklichung des Projektes den Anfang zu machen. Aber als im Jahre 1890 dieser Ausnahmezustand, welcher eines der wichtigsten, interessantesten und lehrreichsten Kapitel der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ausmacht, sein Ende erreicht hatte, wurde der Gedanke, eine solche Geschichte zu schaffen, sofort wieder lebhaft aufgegriffen. Daß derselbe nunmehr seine Ausführung erfährt, danken wir dem wackeren, unermüdbaren Förderer unserer Parteiliteratur, Genossen J. H. W. Dieß in Stuttgart. In seinem Verlage erscheint jetzt die von einer vorzüglichen, durchaus bewährten literarischen Kraft, von Franz Mehring, verfaßte „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.“ Die vom Verlag uns zugestellten ersten fünfzehn Bogen (Aushangbogen) berechtigen uns zu dem Urtheil, daß der Verfasser in hochanerkannter Weise die schwierige Aufgabe gelöst hat, zunächst den Lesern bekannt zu machen mit denjenigen Thatsachen und Theorien, welche die geschichtliche Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in der einen oder der anderen Weise beeinflusst haben. Da wird überzeugend bewiesen, daß die deutsche Arbeiterbewegung und der deutsche Sozialismus von Anbeginn einen internationalen Charakter trugen; daß Marx, Engels und Lassalle zu ihren geistigen Vätern nicht nur Kant, Fichte und Hegel, sondern auch Saint-Simon, Fourier und Owen haben; daß sie durch die Schule der deutschen Philosophie, der französischen Revolution und der englischen Industrie gegangen waren.

Die überaus gemeinverständlich gehaltene einleitende geschichtliche Darstellung setzt ein bei der Julirevolution (1830), in welcher die französische Bourgeoisie die politische Macht eroberte. Nicht lange darauf, in der Reformbill von 1832, gelang der englischen Mittelklasse das Gleiche. „In beiden Ländern begann das Bürgerthum damit, das ihm bis dahin verbundene Proletariat um seinen Antheil an dem gemeinsamen Siege zu prellen. Es war eine entscheidende Wendung. Sie öffnete der

modernen Arbeiterklasse die Bahn zum weltgeschichtlichen Kampfe.“ Und nun führt uns der Verfasser auf diese Bahn; Thatsache auf Thatsache tritt an uns heran, durch welche die von ihm ausgesprochene große Wahrheit bestätigt wird, daß niemals in der Geschichte die bürgerliche Klasse einen hellen Siegeschrei ausstießen durfte, ohne daß ihr ein dumpfes Echo aus der arbeitenden Klasse geantwortet hätte. Dem Leser wird die Thatsache zum Verständnis gebracht, daß historisch der Sozialismus dem Klassenkampf des Proletariats vorangehen mußte. Er lernt die großen Utopisten Saint-Simon, Fourier, Owen kennen, welche die von der Bourgeoisie verkümperten bürgerlichen Ideale des Friedens, der Gerechtigkeit, der Gleichheit in ihrer vollen Reinheit verwirklichen wollten; er erfährt, wie diesem vergeblichen Bemühen des sogenannten „großbürgerlichen Sozialismus“ die Anstrengungen der kleinbürgerlichen Sozialisten folgten, die nicht minder in Utopien gipfelten, so besonders durch Beschränkung der Produktion (Eismond) und der Anhäufung des Reichthums ihr Ziel zu erreichen suchten.

Dann wird der Leser eingeführt in die Klassenkämpfe des englischen und französischen Proletariats. Diefelben werden geschildert in Verbindung mit einer Kritik der Theorien Louis Blancs, Cabet's, Proudhons.

Mit einem Hinweis darauf, daß deutsche Köpfe die weltgeschichtliche That der Versöhnung von Klassenkampf und Sozialismus vollbracht haben, schließt diese einleitende historische Skizze.

Ihr folgt die Darstellung des modernen wissenschaftlichen Communismus, wobei der deutschen Zustände, das ostelbische Junkerthum, das Handwerk, die kapitalistischen Anhänge, die Entwicklung der Großindustrie, das geistige Leben, speciell die Philosophie Kants, Schellings, Fichtes, Hegels kritische Beleuchtung erfahren. Die Wirkungen der Julirevolution auf Deutschland werden berücksichtigt. Der Leser erhält Kenntniß vom „Handwerksvereins-Communismus“ und vom Wirken Wilhelm Weitlings, des armen Schneidergesellen, von welchem Ludwig Feuerbach sagte, daß er der „Prophet seines Standes“ sei, den Karl Marx über die Schriftgelehrten und Philosophen der Bourgeoisie gestellt hat.

Der Verfasser geht ein auf die Auflösung der klassischen Philosophie, in welcher das deutsche Bürgerthum „sein Laufen und Trachten gewissermaßen zu Protokoll der Weltgeschichte gegeben“; dann auf die Verdienste, die sich Feuerbach dadurch erworben, daß er den Materialismus aus dem Staube hob. Die „Rebellions“-Literatur der vierziger Jahre paßirt Revue. Der Leser lernt Karl Marx' Wirken an der „Rheinischen Zeitung“ und in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“, sowie die ersten großen wissenschaftlichen Arbeiten Friedrich Engels' kennen, welcher in der englischen Industrie die Selbstverständigung über die Kämpfe und Wünsche der Zeit fand, wie Marx sie suchte in der französischen Revolution. Selbstverständlich ist der gemeinsamen Lebensarbeit dieser beiden Männer eine erschöpfende Behandlung gewidmet. Umfaßt diese Arbeit doch einen Zeitraum von nahezu vierzig Jahren und hat sie doch einen Einfluß auf die historische Entwicklung wie der internationalen, so namentlich der deutschen Sozialdemokratie geübt. Das „historische Freundespaar“ erfährt in seinem Wollen und Wirken an der Hand der Thatsachen gebührende Würdigung, besonders auch angeht des unsterblichen Verdienstes, welches sie mit der Begründung und consequenten Ausgestaltung des historischen Materialismus sich erworben haben. In dem letzten der uns vorliegenden Aushangbogen ist die diesbezügliche Abhandlung noch nicht zu Ende geführt.

Schon dieser Anfang des auf 30 Lieferungen berechneten Werkes läßt erkennen, mit welcher großem Geschick der Verfasser es versteht, das gewaltige Material, das zu einer „Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie“ gehört, zu bewältigen. Nach Anknüpfung der Verlagsabhandlung soll des Werkes erster Theil die Zeit bis zum preussischen Verfassungskreiß (1863) umfassen, unter specieller Berücksichtigung der Märzrevolution und ihrer Folgen, soweit sie die Geschichte der Sozialdemokratie beeinflusst hat. Der zweite Theil reicht

von 1863 bis 1896, von Lassalle's Wirken bis zur Gegenwart. Die jungen Jahre unserer Partei, die internationale Arbeiterorganisation, die Kämpfe der Eisenacher und Lassalleaner, die Einigung der beiden Fraktionen, die gemeinsame Bewegung, die Schicksale der Partei unter dem „gemeinem Recht“ werden eine Schilderung erfahren, die in jeder Hinsicht, besonders auch im Punkte der Authenticität, sich als musterhaft erweisen dürfte.

Ueber die Bedeutung dieses Unternehmens möchten wir noch einige Bemerkungen machen. Die Sozialdemokratie ist mehr als jede andere der herrschenden Interessenrichtungen nicht genehme Partei der Lüge, der Verleumdung, der Praxis, der Fälschung ausgesetzt. Vständig sind Gegner bemüht, über die Entstehung und Entwicklung, die Grundzüge und Bestrebungen unserer Partei falsche Anschauungen zu verbreiten, insbesondere die Erkenntniß zu verhindern, daß die Sozialdemokratie ein notwendiges Ergebnis des organischen Fortschritts sowohl in der Welt der Materie, wie auf geistigen Gebiete ist. Diefem schlechten Bemühen wird die Wehring'sche Arbeit ohne Zweifel ein gewaltig störendes Hinderniß werden. Denn wer bei gesundem Begriffs- und Urtheilsvermögen, in der ethischen Absicht, sich gewissenhaft über die Sozialdemokratie zu unterrichten die Wehring'sche Geschichte derselben liest, der wird gefeit sein gegen die auf Irreführung der Meinung berechneten Unwahrheiten und Absurbitäten der unsere Sache als eine „Best“ bekämpfenden „Ordnungspolitiker“. Das Buch wird Profeyten machen im besten Sinne des Wortes; es wird die Erkenntniß der Wahrheit über die Sozialdemokratie mächtig fördern in den Kreisen des Bürgerthums, die es noch ernst meinen mit politischer und sozialwissenschaftlicher Bildung. Möge Junker- und Kapitalproletariat im Grunde mit der offiziellen Reaktion noch so fanatisch das „Eindringen des sozialistischen Giftes in die Kreise der Gebildeten“ zu verhindern bestrebt sein, — die Wirkungen des Wehring'schen Buches dürften sie belehren können, wie herzlich thöricht und erfolglos dieses Bemühen ist!

Und unsere eigenen Parteigenossen, die Sozialdemokraten selbst? Die würden sich an der guten Sache schwer verfländigen, wenn sie es unterließen, der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ die weiteste Verbreitung in ihren Reihen zu sichern. Der großen Masse unserer Genossen ist die gründliche Belehrung über Entstehung und Entwicklung der Partei nicht minder notwendig als den Gegnern. Sie sind beim besten Willen nicht im Stande, sich aus der Unsumme von Einzelliteratur, die für diese Kenntniß in Betracht kommt, dieselbe zu verschaffen. Da ist nun diese Unsumme bewältigt, gemeinverständlich zu einem Ganzen in absoluter Folgerichtigkeit verarbeitet, zu einem Buche von dauerndem Werth, das sich hoch erhebt über die so süppig ins Kraut geschossene Gelegenheitsliteratur und das zu erwerben und aufmerksam zu studiren wir als moralische Pflicht jedes Parteigenossen bezeichnen möchten. Dem Geiste unserer Partei würde es kein gutes Zeugniß sein, wenn die Verlagsabhandlung in Stuttgart darüber zu klagen hätte, daß der Absatz dieses Buches in Parteikreisen zu wünschen übrig läßt.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

Finanzminister v. Miquel hat seine Kur in Wiesbaden plötzlich unterbrochen und sich in Geschäften nach Berlin begeben; er werde aber in wenigen Tagen zur Wiederaufnahme der Kur nach Wiesbaden zurückkehren. Andere Blätter aber melden, daß er auf Wochen in Berlin bleiben werde. Am Montag Vormittag hatte der Finanzminister v. Miquel eine mehr als anderthalbstündige Besprechung mit dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe in dessen Palais. Was für eine Pflöchlichkeit werden wir nun zu erleben „gewürdigt“ werden. Cima Herrn von Miquel als Reichskanzler?

Nach den „Hamburger Nachrichten“ hat Miquel mit dem „Marine-Roon“ Tirpitz konferiert, ehe er vom Kaiser empfangen wurde.

Die „Volksztg.“ schreibt zu diesen sensationellen Mittheilungen:

Auf dem Wege zum Reichskanzlerposten befindet sich Herr v. Miquel, von dem schon kürzlich ein Offiziosus bekannt hat, daß ihm das Macebonien des Finanzportefeuilles zu klein sei. Zunächst würde Herr von Miquel Vizepräsident des Staatsministeriums werden — so heißt es. Herr v. Böttcher würde sich abdam auf das Amtenthalt des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern beschränken. Herr v. Miquel würde seine Aufgabe darin zu erblicken haben, die neuen Flottenpläne zu betreiben. Daneben spricht man von einer Abdankung des Herrn v. d. Mecke, auch von einer solchen des Herrn Bressfeld — kurzum, es soll schon wieder einmal „kräftig“ sein. — Der angekündigte Empfang des Finanzministers Dr. v. Miquel durch den Kaiser hat gestern Mittag stattgefunden und zwar gleichzeitig mit demjenigen des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe. Dazu schreibt die „Mit.-Ztg.“: „Es sind Gerüchte über Personalveränderungen verbreitet, die in Preußen das Finanzministerium und die Vizepräsidentenschaft des Staatsministeriums, im Reich das Reichsamt des Innern und die Stellvertretung des Reichskanzlers betreffen würden. Welche politische Bedeutung und welchen Zusammenhang die in Aussicht gestellten Veränderungen haben sollen, das ist aber vorerst nicht zu erkennen.“ Bekanntlich ist zur Zeit Staatsminister von Böttcher gleichzeitig Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums und Stellvertreter des Reichskanzlers im Reich. Sollte der preussische Finanzminister in Preußen wie im Reich in erster Linie als stellvertretender Ministerpräsident beziehentlich als Vizekanzler fungieren, so würde die Stellung des Herrn von Böttcher nach beiden Richtungen tangirt werden. Die weitere Frage wäre dann die, wie die Stellung des Reichssekretärs Grafen Posadowsky mit demjenigen des Vizekanzlers von Miquel in Einklang gebracht werden soll; mit anderen Worten, ob der preussische Finanzminister gleichzeitig auch die tatsächliche Leitung des Reichsfinanzwesens übernehmen würde. Herr v. Miquel wäre dann an dem Ziele angelangt, welches er schon bei der Uebernahme des preussischen Finanzministeriums gesprächsweise als das ihm vornehmende bezeichnet hat. Die Personalveränderungen, die, falls diese Voraussetzungen sich als zutreffend erweisen sollten, in den obersten Reichsverwaltungsstellen in Frage kommen würden, sind demnach unschwer zu errathen. Da der Finanzminister v. Miquel eine lange Besprechung mit dem Reichskanzler gehabt hat und gleichzeitig mit diesem vom Kaiser empfangen worden ist, so liegt die Vermuthung nahe, daß zwischen beiden eine Verständigung über die Regelung der Stellvertretungsfrage im Reich und in Preußen erzielt worden ist. Anscheinend soll auf diesem Wege der Verfahrenheit in den obersten Verwaltungsstellen, welche durch die Vorlegung der Vereinsgesetznovelle und die Verfassung des Berliner Polizei-Präsidenten gegen den Verein der Berliner Getreide- und Producentenhandwerker in das hellste Licht gesetzt worden ist, ein Ende gemacht werden. Daß durch diese Umgestaltung die Stellung des Reichskanzlers auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und auch diejenige des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt geändert werden würde, liegt auf der Hand. Der „K u n d n a c h r e c h t s“ ist unverkennbar.

??? Ein in Homburg lebender Dr. Wagener, Verfasser einer Schrift: „Kaiser, höre die Wahr-heit“, erzählt folgende seltsame Geschichte, die wie folgt durch viele Blätter geht:

Die Broschüre, die sich in direkter Rede an den Kaiser wendet, um ihn auf die Missethäter aufmerksam zu machen und von ihm zu verlangen, er solle ein „Volkskaiser“ werden, war vom Verfasser dem Kaiser zugesandt worden. In dem Vorwort einer neuen Auflage erzählt der Verfasser nun Folgendes: Es habe sich bei ihm ein Herr eingestellt, um ihm mitzutheilen, ein „guter Freund“ im Zivilkabinet des Kaisers habe ihm die Broschüre und das Begleitschreiben gezeigt, was wahrscheinlich klang, da der unbekannt Herr den Inhalt des Begleitschreibens sehr genau kannte. Er theilte mir, daß die Broschüre nie in die Hände des Kaisers gelangen werde, wenn nicht der Verfasser einen andern Weg einschläge. Die Briefe, die aus Deutschland an den Kaiser gelangen, öffne man im Geheimen Zivilkabinet und lege die nicht zur Vorlage geeigneten einfach bei Seite. Wenn aber der Verfasser den Brief an seine Adresse gelangen lassen wolle, so müsse er den Brief aus England oder Amerika an den Kaiser richten lassen und als Absender auf der Rückseite Herrn Boultney Bigelow oder einen der englischen Verwandten des Kaisers — am besten mit beigedrucktem Siegel — angeben. Solche Briefe würden vom Kaiser selbst erbrochen. Der Herr, der diese Dinge erzählte, sei ein Beamter der Hamburger Polizei gewesen, und der Verfasser habe den Vorfall unter dem Namen des Betreffenden der vorgelegten Behörde desselben mitgetheilt. Von der Hamburger Polizei sei dem Verfasser darauf eröffnet worden, daß diese mit der Sache gar nichts zu thun habe und daß der betreffende Beamte den geschilderten Besuch zugegeben, der Sache aber eine harmlose Erklärung zu geben versucht habe. Das Zivilkabinet des Kaisers habe auf verschiedene Anfragen an Herrn v. Lucanus über diese Angelegenheit nicht geantwortet.

Unbedingte Ablehnung der Vereinsgesetznovelle bei der Abstimmung am 22. Juni im Abgeordnetenhaus fordern

die Vorstände der nationalliberalen Vereine zu Elberfeld und Warmen. In einer Vorstandssitzung der Vereine, der auch die nationalliberalen Abgg. v. Knapp und Dr. Böttger bewohnten, wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen:

Angesichts der durch die Haltung der konservativen Partei herbeigeführten Gefahr, daß das von der Regierung beabsichtigte Verfassungsgesetz in seiner ursprünglichen oder einer ähnlichen Fassung zur Verabschiedung gelangt, erachten die Vorstände der nationalliberalen Wahlvereine von Elberfeld und Warmen es für geboten, sich, unter Verzicht auf das Ergebnis der dritten Lesung, namentlich der Vorlage gegenüber auf ein unbedingtes Ablehnen des Standpunkts zu stellen.

Gleichzeitig beschließen die Vorstände, den Abgeordneten des Wahlkreises von dieser Resolution Kenntniß zu geben mit dem dringenden Ersuchen, in deren Sinne wirken und stimmen zu wollen.

Die „National-Zeitung“ erachtet diese Beschlüsse für um so bemerkenswerther, da Elberfeld und Warmen bekanntlich große Industrieplätze sind; die Vertheidiger der Vereinsgesetznovelle wollten glauben machen, in den Industriebezirken, namentlich den rheinisch-westfälischen, sei die nationalliberale Partei mit der Ablehnung des Regierungsentwurfes oder des freikonservativen Antrags seitens der Nationalliberalen des Abgeordnetenhaus nicht einverstanden.

Vereinsgesetz und Gewerkschaften. Die offiziöse „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ hält es bei der Meinungsäußerung, welche die Gewerkschaften wegen der Minderjährigen-Entrechtung ergriffen hat, für angebracht, die Sache so darzustellen, als ob die Aufregung in der Arbeiterschaft ganz unnötig sei. „Nur völlige Unkenntniß über das Interesse der Agitation vermag so etwas in den Entwurf hineinzubringen“ — sagt das Blatt und erzählt, daß durch Reichsgerichts-Erkenntnisse wohl abgegrenzt sei, was politische, was wirtschaftliche Beteiligungen bedeuten. „Die Verwaltungspraxis hat im Anschlusse an die erwähnten Erkenntnisse die Grenze zwischen der gewerblichen Assoziationsfreiheit und der Beschränkung der politischen Vereine innerhalb des preussischen Rechtsgebietes in zweckmäßiger und dem praktischen Bedürfnisse entsprechender Weise festzuhalten gewußt. Hieran kann und wird auch die Vereinsgesetz-Novelle nicht das Mindeste ändern.“

Also sei Alles in bester Ordnung. Die Gewerkschaften brauchen nur nicht „politisch“ zu werden, dann wird ihnen Niemand die Minderjährigen entziehen. Gleich darauf sagt aber das edle Organ selbst Folgendes:

Täglich kann man es erleben, daß eine zunächst gewerblichen Zwecken dienende Versammlung einen rein politischen Charakter annimmt, und das Gleiche gilt auf dem Gebiete des Vereinswesens. Erst vor wenigen Tagen verhandelte das Duisburger Gewerkschaftsamt unter der Aufschrift: „Mit sozialdemokratischem Gruß!“ Damit wird eine rein wirtschaftliche Sache von vornherein zur Angelegenheit der Revolutionsspartei gemacht; den erlaubten Zwecken werden Zwecke untergeschoben, für deren Verfolgung nach geltendem Rechte gewisse Beschränkungen bestehen.

Die Jurisprudenz hat also angeblich scharf das politische und wirtschaftliche Moment begrenzt, aber „täglich“ wird die Grenze überschritten. Das heißt, in der Praxis des Lebens sind den Gewerkschaften die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt, so große Schwierigkeiten, daß die Grenze des „Erlaubten“ trotz aller Vorsicht „täglich“ überschritten wird.

Danach kann man beurtheilen, was das ganze Gerede der norddeutschen Beschwichtigungstante bedeutet; das Blatt beweist das gerade Gegenteil von dem, was es beweisen will. Es beweist, daß die Gewerkschaften nur allzusehr recht haben, wenn sie von der beabsichtigten Vereinsrechtsverschlechterung die unangenehmsten Folgen befürchten.

Im „demokratischen“ Württemberg gilt nicht nur die rothe Fahne als ein gefährliches Objekt, das den Staat zu Grunde richten kann, wenn es alljährlich einmal 24 Stunden luftig im Winde flattert, sondern auch ein friedlicher Schweizerbürger, der den Ansichten des Herrn v. Bischof nicht folgt und sich erlaubt, anderer Meinung über die Vortrefflichkeit unserer Gesellschaftsordnung zu sein, muß bei uns unschädlich gemacht werden. Seit etwa drei Jahren hält sich hier der bekannte naturwissenschaftliche Schriftsteller H. Bommelli auf. Wegen eines Vortrags über die Steinkohle, den B. in einer Filiale des Sozialistischen Vereins hielt, schickte kurz nach seiner Ansiedelung die hiesige Polizei schon den Boden unter ihren Füßen brennen und sie verfügte Ausweisung des Kenners der Steinkohle. Auf Einspruch wurde die Ausweisung zurückgenommen unter der Bedingung, daß B. keine „politischen“, soll heißen sozialdemokratischen Reden halte.

Bommelli hielt seither eine Menge naturwissenschaftlicher Vorträge, die selbstverständlich von seinen freien Ideen durchstrahlt waren. Dagegen konnte nach der vor drei Jahren abgegebenen Erklärung die Polizei nichts machen. Nun aber B. sich unterstanden hat, in einem Stutzgarter Vorort mit etwa 2½ Tausend Einwohnern eine Maifestrede zu halten, ist bei den Polizeibehörden das Maß voll. Die Stadtdirektion hat die Ausweisungsvorschrift von vor drei Jahren wieder hervorgeholt, ihr Kraft verliehen und Bommelli mußte daraufhin gestern den schwäbischen Staub von den Pantoffeln schütteln. Er wandte sich wieder nach der Schweiz, um von dort aus Betrachtungen über die Freiheit und Gastfreundschaft des „freiesten“ deutschen Staates anzustellen.

Zur sozialdemokratischen Landtagitation wird dem nationalliberalen „Hannoverschen Courier“ aus Berlin geschrieben:

„Von der sozialdemokratischen Landtagitation verlannt im Allgemeinen in der letzten Zeit nichts; es wäre jedoch unendlich verkehrt, zu glauben, daß sie eingeschlafen sei. Im Gegentheil, sie ist in der letzten Zeit wieder außerordentlich lebendig

gewesen. Wer an frühen Morgen sich auf den Bahnhöfen Berlins einfindet, der wird jedes Mal sozialdemokratische Agitatoren, bewaffnet mit unendlichen Stößen von Flugblättern und Agitationschriften, antreffen. Es giebt kein auch noch so entlegenes Dorf in der Mark, das in den letzten Wochen nicht mit sozialdemokratischen Schriften besät wurde. Zur Landtagitation sind in erster Linie solche Kreise auszuheben, in denen bei der vorigen Reichstagswahl die Sozialdemokraten in die Stichwahl gekommen sind; und das sind in der Mark eine ganze Anzahl. Im Frankfurt-Verbraucher Kreise wurden am Sonntag vor acht Tagen 31 000 Flugblätter vertheilt. Von dieser Art der Vorbereitung für die Reichstagswahl verpricht man sich in sozialdemokratischen Kreisen große Dinge und glaubt sicherlich, in der Mark auf 2-3 neue Wahlkreise rechnen zu können. Von einer Landtagitation der bürgerlichen Parteien haben wir trotz aller Bemühungen nicht das Geringste erfahren können; der alte Schlandrian und die ungerechtfertigte Sorglosigkeit wollen eben nicht aussterben.“

Die bürgerlichen Parteien! Was können denn die von der Landbevölkerung für sich noch Großen hoffen? Uns könnte es nur erwünscht sein, wenn sie sich bemühten, die Landbevölkerung zu „bearbeiten“. Dadurch könnte unsere Agitation nur gewinnen.

Der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes, Dr. Voedker, dessen Rücktritt sicher erscheint, soll, nach einer Meldung des „W. L.“, Direktor der zu einer Aktiengesellschaft umgewandelten Firma Siemens u. Halske werden. Als Nachfolger im Reichs-Versicherungsamte wird der Direktor des Reichsamtes des Innern, v. Voedke, genannt.

Der evangelisch-soziale Kongress, der vor acht Jahren begründet wurde, als sich evangelisch-theologische Kreise mehr mit den sozialen Problemen zu beschäftigen begannen, hat vergangene Woche in Leipzig seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Wir haben das Gefühl, als wenn es mit der Glanzperiode dieser Richtung vorbei sei. Die Zeit ist nicht mehr danach. Das Jahr 1890, das Gründungsjahr des Kongresses, hatte die „Februar-Erlasse“ gebracht. Heute weht der offizielle Wind aus einer andern Ecke, und wir haben zu dem Nachwuchs jener Kreise, auf die der Kongress angewiesen ist, nicht das Vertrauen, daß er sich in einer dauernden Oppositionstellung wohl fühlen werde. Dazu sind neuerdings Absplittierungen gekommen. Diejenigen, die mit ihren sozialen Theorien einen praktischen Versuch wagen wollen, haben sich den „National-sozialen Verein“ gegründet, die mehr positiv christlich gerichteten sind unter Führung Stübbers zu einer „kirchlich-sozialen“ Gruppe zusammengeschlossen worden.

Trotzdem ist der evangelisch-soziale Kongress auch diesmal wieder zahlreich besucht worden und brachte zum Theil recht interessirte Vorträge und Diskussionen. Die alte Garde ist eben geblieben und hat der gerade neuerdings recht aufdringlich hervordringenden Reaktion gegen alle latheder-sozialistische und christlich-soziale ganz deutlich geantwortet, freilich mehr durch Ironie und allerlei Anzüglichkeiten. Zu der hanebüchernen Grobheit Heinrich v. Treitschke's wagte sich keiner der Angegriffenen aufzuschwingen, der vor zwei Jahren dem Waffenschmied von der Saar das „Schuster, bleib bei deinem Weissen!“ entgegenrief.

Von dem auf dem Kongress gehaltenen Reden waren namentlich die des eben Professor gewordenen Herrn Oldenberg und die des Professors Schmolle von Interesse. Der Letztere brachte den altbewährten Trost, daß der Mittelstand ja garnicht bedroht sei, daß vielmehr Handwerk und Bauernstand erhalten bleiben werde und sich außerdem auch noch der „neue Mittelstand“ der Betriebsbeamten in den industriellen Werken bilde. Der junge Professor Oldenberg malte in den schwärzesten Farben die Gefahren an die Wand, die den Industriestaaten daraus drohen, daß sich die Länder, nach denen heute ausgeführt wird, mehr und mehr emanzipiren und uns schließlich nicht mehr brauchen werden, und auch die Nahrungsmittel-Zufuhr verweigern würden, sobald am Ende das ganze System der heutigen Weltwirtschaft elend zusammenbrechen müsse.

Eigentliche organisatorische Aufgaben lagen dem Kongress ja nicht vor. Und bei der oben angeeuteten garnicht mehr recht „sozialen“ Stimmung der jüngeren Generation jener Kreise darf man dem Kongress auch für die Zukunft kaum prognostizieren, daß er große Heldenthaten verrichten werde. Ist doch nicht einmal das, was er sich früher vorgenommen, ausgeführt worden. Es war ja geplant, vorzugsweise durch Landgeistliche eine Enquete über die soziale Lage der Landarbeiter aufzunehmen. Fragebogen sind auch verschickt worden und sind zum Theil ausgefüllt zurückgekommen. Das Material ist dann, so viel wir wissen, Herrn Professor Mag Weber in Freiburg überwiesen worden, — aber damit ist die Geschichte zu Ende. Uns Licht der Welt ist davon nichts gekommen, und wenn man auf den evangelisch-sozialen Kongress warten mußte, dann würde man heute über die soziale Lage der Landarbeiter noch recht wenig wissen!

Amthliches Wahlergebniß der am 10. Juni im Wahlkreis Stadt Königsberg stattgefundenen Reichstags-Wahl: Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 23 138. Davon erhielten Rechtsanwält Haase (Soz.) 11 914 Stimmen, Gutsherr Papendieck (freis. Wp.) 5008, Rechtsanwält Krause (nat.-lib.) 4000 und Glasermeister Störmer (soz. Reformp.) 2161 Stimmen. Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Rechtsanwält Haase, ist daher gewählt.

Die Antisemiten hielten am Sonnabend und Sonntag einen Parteitag für Schlesien in Breslau ab. Es wurde beschlossen, bei den nächsten Reichstagswahlen Kandidaten aufzustellen in den Wahlkreisen: Hirschberg-Schönau, Bunzlau-Lüben, Dels-Wartenberg, Breg-Nams-lau, Jauer-Volkenshain-Landesbut, Breslau-West, Breslau-

Ost, Breslau-Neumarkt (hier namentlich um dem Grafen Limburg-Stirum Opposition zu machen), Schweidnitz-Sriegau, Viegny-Goldberg-Pannau, Grünberg-Freibstadt (hier soll Dr. Pentischel als Kandidat aufgestellt werden), Lauban-Görlitz und Löwenberg. Ueber Sagan-Sprottau konnte man sich noch nicht schlüssig machen. In Ohlau-Nimpisch-Strehlen soll dem jetzigen Vertreter, Kothler (konf.), ein Gegenkandidat gegenübergestellt werden, wenn Kothler sich nicht auf das Programm der Antisemiten verpflichtet. In allen anderen schlesischen Wahlkreisen sollen thunlichst Bählkandidaten nominirt werden.

### Frankreich.

Das Jelix-Attentat war so tölpelhaft inszenirt und so kläglich ausgeführt, daß es der Ordnungspresse diesseits und jenseits der Vogesen beim besten Willen nicht möglich ist, daraus Kapital zu schlagen. Das hat nun der arme Faure davon, daß er mit Gewalt berühmt werden und zu diesem Zweck ein Attentat haben möchte! Alle Berichte der Zeitungen stimmen darin überein, daß die ganze Geschichte höchst lächerlich ist. Die „Höllmaschine“ hat sich, nachdem sie von den Polizisten „gefunden“ war — was ihnen natürlich nicht viel Mühe kostete — als ein äußerst harmloses Gerath erwiesen, nämlich als eine Weiröhre, anscheinend ein Stück Gas- oder Wasserleitungsröhre von 25 cm Länge und 3 cmichter Weite; ein Ende war nachlässig schlachgedrückt, das andere anscheinend mit Papier verstopft gewesen, vielleicht mit einem Stück der „Autorität“, von der eine angeriffene Nummer neben der Röhre lag. Diese war mit gewöhnlichem Jagdpulver gefüllt gewesen, dessen Entzündung sie nicht einmal zum Bersten gebracht hatte. Der Papierstopfen war einfach hinausgeschleudert und am Boden eine kleine Furche von etwa 1 1/2 cm Tiefe und 20 cm Länge aufgewühlt worden. Von einem Geschoss fand sich keine Spur. Am Boden fand man ferner eine kleine einläufige Kapfelpistole alter Bauart, mit Pulver und drei lose hineingestreuten Schrotkörnern schwach geladen und ohne Kapsel, so daß sie gar nicht abgefeuert werden konnte, und neben diesem kinder spielzeugartigen Terzerol ein Dolchmesser, dessen Knochenstiel die Worte „Eisfabrik Voithingen-Polen“, und dessen Klinge die Worte „Ihr vergeht Die, welche tobt sind!“ eingeritzt enthielt. Der Kolben des Terzerols zeigte die gleichfalls eingeritzten Worte: „Verurtheilung von Felix Faure“. Um einen Strang des Niederstrandes endlich war ein Blatt weißen Papiers gewunden, auf dem stand: „Hinrichtung von Felix Faure“. Die Schrift scheint die eines Schuljungen.

Der Polizei muß bald eine Ahnung aufgedämmert sein, wie furchtbar sie sich mit dieser „John oder Huns-Bombe“ (so nennt Nachsicht das Ding) blamirt hat, und in ihrem Eifer, die erste Dummheit zu verbessern, bequie sie eine noch größere Fehler. Eine Reiter-Depesche vom 14. Juni meldet: „Heute früh wurde an der Stelle des Attentats eine zweite Röhre gefunden, die der explodirten ähnlich ist. Dieselbe enthielt Pulver in vorzüglichster Mischung und Eisenprojektil. Der Direktor des Laboratoriums ist der Meinung, daß dieser Behälter bei der Explosion hätte großes Unheil anrichten können, wenn die Projektile aus denselben horizontal, anstatt vertikal herausgeschossen wären. Auf der Präfektur vermutet man, daß der Urheber des gestrigen Attentats dieselbe Person sei, die zur Zeit des Versuches des Baron geladene Röhren auf dem Emtrachtspitze niederlegte.“

Diese „Vermuthung“ der Präfektur dürfte insofern begründet sein, als wahrscheinlich ein und derselbe Polizist mit der Ausführung der „Attentate“ betraut war. Nun, da er zu ungeschickt war, wird man ihn wohl diesem Dienstzweig entziehen. Aber die anderen Polizisten sind auch nicht viel schlauer, sonst hätten sie den „Fund“ der zweiten Röhre unterlassen. Das Wandern ist zu durchsichtig und die sportlustigen Pariser, die ohnehin neuerdings in „Felixque I.“ nur noch eine komische Person sehen, werden an dem armen Präsidenten empfindliche Rache nehmen für die Streiche seiner Myrmidonen.

Uebrigens hat der offiziöse Telegraph wieder einmal gehörig gelogen, als er von den Ovationen sprach, welche nach dem „Attentat“ dem Präsidenten vom Volk dargebracht worden. Nach der „Petite Republique“ hat weder auf der Rennbahn, wohin sich Faure begab, noch in den Straßen Jemand den Präsidenten beachtet; nur einige wenige blaublütige Sportsmen auf dem Sattelplatz haben gerührt, den Gruß des Präsidenten zu erwidern.

Für diese Käste seiner „Untertanen“ ist übrigens Felix Faure reichlich entschädigt worden durch zahlreiche Glückwünsche auswärtiger Regierungen, die so prägnant eintrafen, daß man auf allerlei Gedanken kommt. Durch die Ueberschwinglichkeit dieser Kundgebungen wird übrigens die Komik der Situation noch bedeutend erhöht. „Felixque I.“ allerdings, dessen Naivität grenzenlos ist, und der sich ganz in eine Monarchenrolle hineinzuheben scheint, bemerkt davon wohl nichts. Aber eines schönen Tages wird er aus seinen herrlichen Träumen unsanft erawachen. Die Franzosen haben ein Sprichwort: „Le ridicule tue“ („die Lächerlichkeit tödtet“), dessen Wahrheit der einst so populäre Faure bald an seiner eigenen Person erfahren wird.

Die Bank über alles! In der langen Debatte über die Erneuerung des Privilegiums der Bank von Frankreich ist das interessanteste Moment der Kampf zwischen Opposition und Regierungsmehrheit um die Verpflichtungen der Bank im Kriegsfalle. Der sozialistisch radikale Abgeordnete Camille Pelletan hat unwiderleglich nachgewiesen, daß die Bank im Kriege von 1870 wochenlang um die Vorschüsse

an die Regierung der nationalen Verteidigung feilschte. Gambetta, der in dem von der deutschen Invasion verschonten Theile Frankreichs die Verteidigung zu organisiren hatte, mußte schließlich, in seiner bekannten Verschmetterungs-Depeche an Freycinet mit der Vernichtung der Bank und der Ausgabe von Staatspapiergeld drohen. Das Kabinett Maline war, angesichts dieses landesverrätherischen Verhaltens der Bank im Kriegsjahre genöthigt, bei aller Dankbarkeit, die Verpflichtungen der Bank für den Kriegsfall vertraglich festzusetzen. Das versicherte wenigstens der Finanzminister. Wie lautet aber der Vertrag? Darüber verweigerte der Minister jede Auskunft. Die Volksvertretung soll ihm, dem Handlanger Rothschilds, aufs Wort glauben, daß die Interessen der Landesverteidigung gewahrt seien. Es ist nun klar, daß der geheime Vertrag, wie die ganze Bankvorlage, weit mehr die Interessen des Bankklingels wahr als das nationale Interesse. Andernfalls läge ja gar kein Grund vor, den Vertrag geheim zu halten. Auf die zwingend-logischen Anführungen Pelletans und des sozialistischen Abgeordneten Willebrand wußten die Minister nur mit dem lächerlichen Argument zu antworten, die Finanzquellen des Landes im Kriegsfalle würden ebenso geheim gehalten wie der Mobilisationsplan! . . . Es fand sich aber trotzdem eine Mehrheit von 62 Stimmen, um den radikalen Antrag auf Mittheilung und Verathung des Vertrages in der Kammer abzulehnen. Die Regierungsmehrheit ist also so tief gesunken, daß sie selbst die Interessen der Nation den Interessen der Hochfinanz und des Ministeriums opfert. — Die Opposition wird jedoch noch einen Versuch machen, das „hochverrätherische Votum“ — wie die Ablehnung jenes Antrages von ihr treffend bezeichnet wird — umzustößen. Sie wird einen Zusatzantrag stellen, wonach im Kriegsfalle die ganze Baarschaft der Bank und die Banknoten Truderei dem Staate zur Verfügung gestellt werden sollen.

Aus der Bankdebatte ist noch weiter zu melden, daß der sozialistische Antrag auf Errichtung einer Staatsbank mit allen gegen 118 Stimmen abgelehnt wurde.

### Lübeck und Nachbargebiete.

17. Juni.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern und Tüpfelern nach Mülbeck, von Maurern nach Malchin, von Bäckern nach Dänemark und Schweden.

Attentat Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, P. W. Th. Währdt, J. P. H. Pamperin, J. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. J. Rangel ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Der „General-Anzeiger“ tritt in seiner heutigen Nummer für die Kandidaten — des Vaterstädtischen Vereins ein und preist ihre — man stamme — Unabhängigkeit. Wir glauben, der „unabhängige“ Tobias hat sich einen schlichten Scherz erlauben wollen.

Arbeiterrisiko. Gestern Abend kurz vor Arbeitschluss wurde einem auf den Thiel'schen Emaillewerken an der Stange beschäftigten Arbeiter der linke Arm oberhalb des Handgelenkes so arg gequetscht, daß ein Verlust des Armes befürchtet wird.

Vom Tage. Gestohlen wurde Sonntag Nacht aus einem Garten an der Sophienstraße ein blauegestrichener Kinderleiterwagen.

Gestürzt ist heute Morgen in der Fackelburger Allee infolge Augenbruchs ein mit Torf beladenes ländliches Fuhrwerk.

Wegen Unterschlagung von Arbeitergeldern wurde am Dienstag vom Schöffengericht ein früherer Hülfskassirer des Bauarbeiter-Verbandes, Bahnhofs Fackelburg, zu 15 Mk. Geldstrafe, eventl. 5 Tagen Gefängnis, verurtheilt.

Verweigerte Konzession. Dem Maurermeister Zahn war von der Polizeibehörde die Konzession zur Errichtung einer Wirtschaft in seinem Neubau, Krähenstraße 29, verweigert worden. Diese Entscheidung wurde von der Rekursbehörde in Gewerbesachen bestätigt.

Ernennung. Am 19. v. M. hat der Senat den Techniker Wilhelm Kruse zum Alchemie-Meister ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. Juli d. J. festgesetzt.

Die Verwaltung des Waisenhauses ist an Herrn General-Consul Charles Hornung Petit übergegangen.

Das Wegerecht der Fischdampfer. Nachdem es sich herausgestellt hat, daß die Verhandlungen der Regierung des Deutschen Reiches mit derjenigen von Großbritannien über die endgültige Regelung des Wegerechtes der Fischdampfer und der Lichterführung der Fischfahrzeuge bis zum 1. Juli d. J. nicht abgeschlossen werden können, ergab sich die Nothwendigkeit, einstweilen Bestimmungen zu treffen. Denn die Sache auf sich beruhen zu lassen, nachdem alle anderen seefahrenden Nationen mit dem 1. Juli 1897 neue Verordnungen eingeführt, war nicht unbedenklich. Es ist nun der vielsumfrittene Artikel 26 des Washingtoner Entwurfs nach dem Vorgange der übrigen Seestaaten in die „Verordnung zur Verhaltung des Zusammenstoßes der Schiffe auf See“ aufgenommen. Dieser Artikel stellt das alte Gewohnheitsrecht der Fischfahrzeuge, den reisenden Schiffen gegenüber ihre Arbeiten nicht unterbrechen zu brauchen, gesetzlich fest, aber nur für Segelfahrzeuge. Die Fischdampfer sind im Washingtoner Entwurf gar nicht erwähnt. Durch die Aufnahme des Artikels 26 vermeidet man, was der Minister v. Boetticher seiner Zeit bei Verhandlung der Angelegenheit im Reichstage ausgesprochen hatte, daß es nämlich ein nämlich ein Übel wäre, wenn man das deutsche Recht abweichend machen wollte von dem Recht anderer Nationen. Denn die Meinung, daß hauptsächlich deutsche Schiffe durch die Nothwendigkeiten und sich richten müßten nach deutschem Recht, ist, wie Herr von Boetticher darlegte, vollständig verfehlt. Es gehen so viele fremde Schiffe nach der Elbe herein, die nicht nach deutschem Recht sich zu richten hätten, daß eine ungemeine Konfusion eintreten

würde. Die fremden Schiffe würden nicht verpflichtet sein, dem Fischdampfer auszuweichen. Diese würden nicht wissen, haben sie ein englisches oder ein deutsches Schiff vor sich, keiner weiß, wer auszuweichen hat. Deshalb war das allein Richtige, eine gleichmäßige gesetzliche Behandlung der Frage einzutreten zu lassen und von einem einseitigen Vorgehen Deutschlands Abstand zu nehmen. Um völlige Gleichgültigkeit mit Großbritannien zu schaffen und um ein freiwilliges Ausweichen vor den Fischdampfern zu erleichtern, ist gleichzeitig die „Verordnung, betr. die Lichter- und Signalführung der Fischfahrzeuge“ vom 10. Mai 1897 erlassen. Dieselbe ist mit der Lichter- und Signalführung der Postdampferfahrzeuge vereinigt. Die endgültige Regelung des Wegerechtes der Fischfahrzeuge erfordert eine internationale Verständigung und wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Eintragung in das Handelsregister. Am 15. Juni 1897 ist eingetragen: auf Blatt 651 bei der Firma „G. Bonnemeyer u. Co.“ Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Liquidatoren: Gerd Rüd und Heinrich Baller. Jeder Liquidator kann einzeln handeln.

Tivoli-Theater. Die lustige, ausgelassene Operettenposse „Die wilde Rahe“ kommt heute Freitag zur bestimten letzten Aufführung; ihr folgt am Sonntag in gänzlich neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Requisiten die reizende Operetten-Novität „Die kleinen Lämmer“, welche überall einen vollen unbestrittenen Erfolg hatte, der an die Blüthezeit dieser Gattung vor 30 Jahren erinnert.

Der zoologische Garten ist von je her ein beliebter Aufenthaltsort für Familien gewesen und der Besitzer, Herr Wache, ist stets bestrebt, etwas Neues zu schaffen. Heute, Donnerstag, den 17. Juni, wird nun bei Gelegenheit des ersten Abonnementsconcerts die Colonial-Arena, die im Frühjahr angelegt ist, eröffnet werden. In der Arena sollen Vorstellungen von Karawanzentänzen, wie sie in Ostafrika in Gebrauch sind, gemacht werden. Alles dazu nöthige Material ist mit Fleiß zusammengetragen und wird das gebotene Schauspiel gewiß ein lehrreiches und interessantes werden. Hoffentlich wird auch dabei Herr Wache seine Rechnung finden und durch zahlreichen Besuch für seine Mühe belohnt werden.

Hamburg. Sargschiffe. Das „Echo“ schreibt: Als wir während des Streiks der Hafenarbeiter und Seelente gelegentlich darauf hinwiesen, welchen Gefahren die Seelente durch gewisse Aheber ausgesetzt würden, welche seeräuberische Schiffe hinausdrücken, da erhob die gesammte Bourgeoisie ein wahres Indianergeheul und zieh uns der Verleumdung. Wir wollen nun der Aheberpresse zur geneigten Begutachtung folgenden Fall unterbreiten. Am 24. Januar wurde unweit Las Palmas der deutsche Dreimasthooner „Venezuela“ von seiner Mannschaft verlassen; das Schiff war im Selen. Die „Venezuela“ war am 4. Januar von Cadix ausgegangen, und gleich von Anfang an mußte die Mannschaft an den Pumpen arbeiten. Am 15. Januar waren die Leute beargwünlicher Weise so ermattet, daß sie nicht mehr arbeiten konnten, weswegen der Kapitän den nächsten Hafen anlaufen wollte. Am 24. Januar kam ein Dampf in Sicht, der die Mannschaft ausnahm. Bald darauf sank die „Venezuela“. Am 13. Februar und 30. März verhandelte das hiesige Seeamt über den Fall, und am letztgenannten Tage sprach der Reichskommissar seine Ueberzeugung dahin aus, daß das Schiff beim Austritt seiner letzten Reise sich nicht in einem genügend seetüchtigen Zustande befunden hat, und es sei gar nicht zu verantworten, daß das Schiff trotzdem in See gegangen ist. Es sei zweifellos, daß die gesammte Besatzung mit dem Schiffe untergegangen wäre, wenn nicht ein glücklicher Zufall den englischen Dampfer in die Nähe des sinkenden Schiffes geführt hätte. — Nun, ein Sarg in einem solchen Zustande, wie ihn der Reichskommissar annahm, das nennt man eben ein Sargschiff. Allerdings das Seeamt war ja anderer Ansicht als der Reichskommissar und verurtheilte am 14. d. M. den Spruch: „Nach der Beweisaufnahme und nach den vorliegenden Besichtigungsberichten des „Germanischen Lloyd“ vermag das Seeamt nicht anzunehmen, daß das Schiff bei Austritt seiner Reise sich in einem seetüchtigen Zustande befunden hat.“ — Damit ist die Sache abgethan, obgleich nach unserm Ermessen der Reichskommissar nicht das Seeamt mit seiner Auffassung des Richtigen trifft. Das Seeamt hat für seine Ansicht den Besichtigungsbericht des „Germanischen Lloyd“ angeführt, der ja für das Seeamt maßgebend sein mag, für uns aber nicht. Zufällig lesen wir heute in der „Hörfen-Halle“ vom 14. Juni einen Bericht über die Versammlung der Seemanns-Gesellschaft am 12. Juni und finden darin folgende Stelle: „Direktor Bruhn-Kiel . . . wünscht ferner, daß die Vertrauensmänner auf die Seetüchtigkeit der Segelschiffe mehr achten. Der Vorsitzende erklärt, gegen die alten Segelschiffe könne man nur mit einem Gehrentarif vorgehen, das sei aber sehr komplizirt und von der Genossenschaft bis jetzt nicht gewünscht, da man den Rest der Segelschiffe nicht vollends todt machen wolle.“ — So der Vorsitzende der Berufsgenossenschaft, der so zarte Rücksichten auf die Besitzer der alten Segelschiffe nimmt und den Rest „nicht vollends todt machen“ will. Wer ist dieser „Seemannsfreund“ eigener Art? Nun, er ist unseren Lesern schon bekannt, es ist Herr C. Ferd. Laeisz, der Mann des: „Das fällt mir aber gar nicht ein!“ Wenn die Berufsgenossenschaft, obgleich bei ihr die Geldfrage stark in Betracht kommt — sie muß eventuell Rente zahlen — schon so milde gegen die Aheber „alter Segelschiffe“ ist, warum sollte das Klassifizierungsinstitut strenger sein? Die „Venezuela“

ist gesunken, die Mannschaft ist gerettet und das Seeamt hat gesprochen. Sargschiffe giebt es nicht, da man den Rest der Segelschiffe nicht vollends todt machen will", sagt Rheber Laeisz. Unsere Seefleute werden sich auch diesen Fall merken.

**Hamburg.** Ein weiblicher Bafford. Unter dieser Stichmarke veröffentlicht die „Berliner N. Nachrichten“ folgenden Vorfall: Eine nicht ungebildete(?) Dame giebt an einem Hamburger Schalter eine Depesche auf, die aus dem Worte „Ampulla“ besteht, angeblich ein Koffwort. Bei der Möglichkeit, daß aus dieser Kürze Irrthümer entstehen könnten, ersuchte der Beamte um Angabe von Namen und Adresse des Absenders und zwar in dessen eigenstem Interesse. Die Dame verlangte das Original, das inzwischen auf ein Depeschenformular gekehrt war, zurück. Der Beamte erklärte, daß er auf dem Original nach der Instruktion keine Aenderungen mehr vornehmen lassen dürfe. Nun forderte die Dame das Original, um die Depesche nochmals abzuschreiben und den Namen und die Adresse des Absenders hinzuzufügen. Ihrem Wunsche wurde von dem Beamten stattgegeben. Als dieser nun aber instruktionsgemäß das auf dem Pult liegende Original zurückforderte, warf ihm die Dame dies und den Federhalter dermaßen vor den Schalter, daß die Tinte umherspritzte. Das höfliche, aber energische Ersuchen des Beamten, den Federhalter auf der Stelle zurückzugeben, beantwortete die Dame damit, daß sie schrie, sie ließe sich das von so einem Schnösel nicht gefallen. Obwohl nun selbst eine vor dem Schalter anwesende Privatperson, die über den Vorfall empört war, freiwillig dem Beamten ihren Namen und ihre Adresse ausgab, auch andere Beamte zugegen waren, hat der Beamte vergeblich hinauf bis zum Reichspostamt versucht, daß wegen der Beleidigung eingeschritten würde. Der Beamte wurde sogar wegen des Vorfalls getadelt und vom Schalter entfernt! Belehrt durch den Fall Bafford hat der Beamte seine Sache selbst in die Hand genommen und die Dame im Wege der Privatklage belangt. Nachdem die Beweisaufnahme zum Theil stattgefunden hatte, hat die mit einem Anwalt erschienene Beklagte auf dringendes Rathen des Amtsrichters, der eine härtere Strafe in Aussicht stellte, folgende Erklärung abgegeben: „Es thut mir leid, daß ich den Privatkläger am 11. Januar 1897 beleidigt habe. Ich kann nicht behaupten, daß Privatkläger sich mir gegenüber unpassend benommen habe, und habe ich mich nur in der Erregung zu den Ehrenkränkungen hinreißen lassen. Ich bin bereit, die Kosten des gesammten Verfahrens zu tragen und gestatte auch dem Privatkläger, die Ausfertigung dieser Vereinbarung, falls seine vorgesezte Behörde es genehmigt, durch einen einwöchentlichen Aushang im Schalterraum des Haupt-Telegraphenamtes, Ringstraße, öffentlich bekannt machen zu lassen.“ Da das Reichspostamt merkwürdiger Weise in

diesem Falle eine Beleidigung ihres Beamten nicht erblickte, so erklärte sich der Beamte zufrieden gestellt, zumal er auch wohl der Meinung war, daß er als Mensch viel zu hoch steht, als daß er als solcher durch das Benehmen der „gebildeten“ Dame beleidigt werden könnte. Wir bedauern nur, daß die „Berliner Neuesten Nachrichten“ den Namen dieser Dame nicht genannt haben.

**Wandsbek.** Eine entsetzliche Nothzeit wurde in der Nacht zum Dienstag verübt. Als Mittwoch Morgen gegen 6 Uhr der in der Lithographischen Anstalt von Vogler u. Kachholz angestellte Portier Hirsch den an die Alte Feldstraße grenzenden Garten betrat, bemerkte er am Rande einen Menschen liegen, der förmlich im Wute schwamm und schwere Verletzungen am Kopfe aufwies. H. setzte sofort die Polizeibehörde von dem Vorfalle in Kenntniß und wusch die Wunden des Schwerverletzten. Dieser erlangte auf kurze Zeit das Bewußtsein und führte verworrene Reden, aus denen ersichtlich war, daß er in der Mittwoch Nacht auf dem auf der anderen Seite der Feldstraße gelegenen Dulsberg (Hamburger Gebiet) von drei Männern überfallen und mit scharfen Instrumenten über den Kopf geschlagen worden ist. Der Mann muß unter Ausbleitung aller Kräfte gestochen und durch den Knie, der an der Stelle, wo der Überfallene lag, eine kleine Oeffnung hat, getroffen und dort bewußtlos zusammengebrochen sein. Nach seinem Zustande und dem Blutverluste zu urtheilen muß der Bedauernswerthe etwa vier bis fünf Stunden hilflos im Garten gelegen haben. Da kein Arzt und kein Wagen zur Beförderung des Verletzten zu bekommen war, mußte dieser noch über zwei Stunden liegen bleiben, bis dann endlich der Transport mittels Droschke nach dem Krankenhaus erfolgte. In den Kleidern des Mannes, welcher eine englischlederne Hose, dunkles Jacket und Filzkut trägt, befand sich etwas Geld und ein Abzugskasse. Lautend auf August Selmers, geboren 1864 in Rindorf. Bisher ist H., bei dem schwere Schädelverletzungen konstatiert wurden, noch nicht vernunftfähig gewesen, jedoch hofft man, ihn am Leben erhalten zu können. Ein räuberischer Überfall scheint ausgeschlossen zu sein, vielmehr scheint es sich um einen Raubakt zu handeln. Die Hamburgische Polizeibehörde ist von dem Vorfall in Kenntniß gesetzt worden.

**Elmsborn.** Stützen der Gesellschaft. Die letzte Brüderlei, die hier stattfand und über die wir bereits berichteten, geschah zwischen Dr. Wolfram und Kaufmann Blanbach. Ganz gelinde scheint diese Holzerei nicht abgelaufen zu sein, denn man hat nämlich, trotzdem ein Arzt theilhaftig war, noch einen anderen Arzt in Anspruch nehmen müssen. Daß die Wächter nicht herbeigezogen sind, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß dieselben in diesen Monaten Morgens 3 Uhr nach Hause gehen und ihre

Anwesenheit somit nicht zu verlangen war. Es wird immer romantischer in Elmsborn.

**Elmsborn.** Ein Vernünftiger. Wie der „Schl. Holst. Volksztg.“ mitgetheilt wird, hat der am Sonntag verstorbene Lederhändler Julius Trier von seinem beträchtlichen Vermögen der Stadt Elmsborn 30 000 Mk. testamentarisch vermacht. Die Zinsen dieser Summe sollen dazu verwendet werden, Kindern aus der Volksschule, welche begabt sind, eine weitere Ausbildung zu ermöglichen. Der Kommission, welche die Angelegenheit zu regeln hat, darf jedoch kein Geistlicher angehören. Diese Bestimmung ist eine brave That und verdient das Bravo aller Lichtfreunde. Auch vor seinem Tode hat Trier, wo es galt, Noth und Elend zu lindern, segensreich gewirkt. Wenn damit auch nicht das Elend aus der Welt geschafft ist, so ist eine solche Bestimmung doch lobenswerth. Die Leiche des T. wird nach Hamburg transportirt, um in dem dortigen Krematorium verbrannt zu werden.

**Güstrow.** Die Verhandlung des Schwurgerichts am Sonnabend richtete sich zuerst gegen den Wäbner Klöcking und den Schuhmacher Brum wegen Meineids, welchen beide als Zeugen vor dem Doberaner Schöffengericht geleistet haben sollen. Beide Angeklagten wurden freigesprochen.

Die zweite Verhandlung betraf den 42 Jahre alten, mehrfach vorbestraften Arbeiter Schöne mann aus Stargard i. B. wegen Brandstiftung. Der Angeklagte wurde trotz seines Leugnens für überführt erachtet und zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

In der Sitzung am Montag wurde wider den Knecht Burmeister aus Banglow wegen Brandstiftung verhandelt. Er wurde zu 7 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurtheilt.

**Verleaktionen.**  
Italienische Nacht. Kommissions-Sitzung am Sonnabend Abend präcise 9 Uhr im „Vereinshaus“, Johannisstr. 50.  
Sternschanz-Viehmarkt.  
Hamburg, 16. Juni

Der Schweinehandel verlief gut.  
Zugelohr wurden 1200 Stk., davon vom Norden — 800 vom Süden — Stk. Preis Bergschweine schwer 47—48 Mk., leicht 48—49 Mk., Sauen 35—43 Mk., und Ferkel 45—48 Mk. pr. 100 Stk.

**See-Berichte.**  
Dampfer „Regir“, Kapl. Eßman, ist am 15. Juni von Frederiks-havn auf hier abgegangen.  
Dampfer „Finland“, Kapl. Hinkenberg, ist am 15. Juni in Rostock eingetroffen.  
Dampfer „Sansa“, Kapl. Schmahlsfeldt, ist am 15. Juni in Libau angekommen.  
Dampfer „Castor“, Kapl. Albers, ist am 15. Juni von Rotterdam auf hier abgegangen.  
Dampfer „Alpha“, Kapl. Reindmann, ist am 15. Juni von Brunsbüttel nach hier abgedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu veranlassen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Die Mitglieder des Athletenclub „Sansa“ werden zu Freitag den 18., Abends, zu einem Saß Bier bei Gennburg, Weckergrube, eingeladen.

Zu vermieten ein möbl. Zimmer  
Rahlhorststraße 42a, im Hinterhaus.

Zu vermieten zum 1. Juli 1 Wohnung  
Spethmann, Elswigstraße 9a.

Ein freundliches möbliertes Zimmer  
mit voller Pension für einen jungen Mann  
W. Lemcke, Ede Webersstraße.

Logis für junge Leute  
mit oder ohne Verköstigung  
Drögstraße 9, parterre.

Logis für junge Leute mit oder ohne Verköstigung  
Alfstraße 39.

Zu vermieten ein Logis  
Friedenstraße 70.

Gesucht sofort ein Laufmädchen  
Näheres Fischergrube 51, im Laden.

Zu verk. ein guterhalt. Kinderwagen  
Levitz, Elswigstraße 11.

Zu verkaufen ein noch gut erhaltener Kinderwagen  
Rahlhorststraße 14, 1. Etage.

Verloren ein Portemonnaie mit 20 Mk. Inhalt in der Bahn von Krempeisdorf bis zur Post. Abzugeben gegen Belohnung bei Gastwirth Mau, Stodelsdorf.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
Einem geehrten Publikum sowie allen Freunden und Bekannten zeige hiermit an, daß ich mit dem heutigen Tage Reiferstraße 17a die Colonial-, Fettwaren-, Brothandlung verbunden mit Flaschenbierhandlung wieder übernommen habe und bitte um geneigtes Wohlwollen.  
Hochachtungsvoll **W. Blüthgen.**

## Großer Ausverkauf

des reich assortirten Waarenlagers, bestehend aus 4000 verschiedenen Artikeln. Es sollen wegen Veränderung des Geschäfts zu Spottpreisen abgegeben werden:  
Kochapparate, Ampeln, Hänge-, Tisch- und Küchenlampen, Kindertwagen, Messer und Gabeln, Eh- und Theekessel, Glas- und Porzellanwaaren.  
Ferner mache noch ganz besonders auf Herren- und Knaben-Stroh Hüte aufmerksam, selbige sollen zu halben Preisen abgegeben werden. Es kommen nur prima Waaren zum Verkauf.

Kupfer Schmiedestraße 11.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Benthstraße 2.

Sobon ist erschienen:

### Die Majestätsbeleidigungen vor dem Reichstag.

Stenographischer Bericht  
über die Reichstagsverhandlungen vom 12. Mai 1897.  
3 Bogen Großoktav. Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.

Um diesen Verhandlungen, die neben den Debatten über das reaktionäre Attentat auf das Vereinsrecht heute im Vordergrund der politischen Diskussion stehen, die weiteste Verbreitung zu geben, haben wir zur Massenverbreitung durch die Vertrauensleute, Agitationskomitees u. s. w. neben der Broschüren-Ausgabe eine

#### Agitations-Ausgabe

veranstaltet, die wir zu 60 Mk. pro 1000 Exemplare abgeben können.

Zu beziehen durch die Expedition des „Lübecker Volksbote“.

## Volkslexikon

Nachschlagebuch  
für sämtliche Wissenszweige  
mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik, nebst Generalregister.  
Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von

Emanuel Wurm.

Erscheint in Lieferungen à 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die Expedition des „Lübecker Volksbote“.

## Die Schweinefleischschlächterei

von  
**W. Strohsfeldt**  
73 Glockengießerstraße 73  
empfiehlt:

- Frische Flohmen, Pfd. 50 Pf.
- Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
- Carbonade . . . Pfd. 60 Pf.
- Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pf.
- Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.
- Graten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.
- Kopf und Bein . . . Pfd. 20 Pf.
- Geräucherter Speck Pfd. 60 Pf.
- Gekochte Mettwurst Pfd. 60 Pf.
- Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.

## J. C. W. Schult's Gasthaus

Zuh: F. Stoffers (früher Lübeck)  
Hamburg = St. Pauli  
Reeperbahn 57/58 (Ecke Sophienstr.)  
hält sich einem geehrten Publikum bestens empfohlen  
Vorzügliche Küche, ff. Biere.  
Elegant eingerichtete Logirzimmer mit elektrischer Beleuchtung von Mk. 1,25 bis Mk. 2,50.

## Achtung! Bauarbeiter!

## Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 18. Juni  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
Tagesordnung:  
1. Die Beseitigung des Unbefugten.  
2. Verschiedenes.  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

## Die Ortsverwaltung. Zentral-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Schiffbaner.

## Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 19. Juni  
Abends 8 Uhr  
bei Herrn Jähres, Engelsgrube 59.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl.  
2. Verschiedenes.  
Die örtliche Verwaltung.

## Neue Lohmühle

Sonntag: Heringschnappen  
Anfang 4 Uhr.  
Carl Koopmann, Str. 10

## Tivoli-Theater.

Freitag den 18. Juni, 7 1/2 Uhr  
Bestimmt letzte Aufführung.  
Die wilde Katze.  
Große Operettenposse.

## Partei und Gewerkschaften.

II.

Damit die Gewerkschaften die ihnen von Marx zugewiesene Aufgabe erfüllen können, ist es erforderlich, daß sie zentralistisch organisiert sind, mit größter Oekonomie verwaltet werden und einen sehr erheblichen Theil ihrer Einnahmen — meiner Meinung nach mindestens ein Drittel, so lange nicht wenigstens die Hälfte aller Berufsangehörigen in ihnen vereinigt sind — lediglich zur Agitation verwenden. Einen je größeren Prozentsatz ihrer Einnahmen sie hierzu verbrauchen, einen um so geringeren werden sie zur Unterstützung von Streiks aufzuwenden genöthigt sein; denn je stärker die Gewerkschaften an Mitgliedern im Verhältnis zu den nicht organisierten Arbeitern sind, desto kürzer dauern die Arbeitseinstellungen, weil sich die Zahl der Streikbrecher vermindert. Sind in einem Gewerke einmal nahezu alle Arbeiter organisiert, so werden die Kapitalisten deren Forderungen, sobald sie das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise, den Mehrwerth, nicht in Frage stellen, bewilligen und es nicht erst auf einen Ausstand ankommen lassen, zumal wenn die Arbeiter anderer Berufsweige hinter den Ausständigen stehen.

In Details über die Organisation will ich hier nicht eingehen — im Großen und Ganzen behandelt die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands herausgegebene Broschüre diese Frage richtig — namentlich muß ich ihr völlig beistimmen, daß sie die Agitation für die Ausbreitung der Gewerkschaften einheitlich durch die Kommission betreiben lassen will, weil sie dies mit geringeren Kosten und größerem Erfolge thun kann. Dagegen finde ich die Mittel, welche sie zu diesem Zweck beansprucht, durchaus ungenügend, sie sind mindestens auf den von mir angegebenen Prozentsatz zu erhöhen. Der Rest ist zum bei Weitem größten Theil als Streikfonds anzusammeln und zur Unterstützung von Arbeitslosen zu verbrauchen.

Es ist auf den Parteitag und in der Presse die Aeußerung gefallen, daß theils die lange andauernden industriellen Krisen, theils die große Anzahl verunglückter Streiks den Aufschwung der Gewerkschaften verhindert, ja theilweise deren Niedergang verschuldet haben. Dies ist unzweifelhaft wahr. Wie läßt sich dem letztgenannten Uebelstande thunlichst abhelfen? Hauptächlich dadurch, daß die entgeltliche Entscheidung über eine Arbeitseinstellung in die Hand der Generalkommission gelegt wird, daß in dieser mindestens der Generalsekretär ein national-ökonomisch durchgebildeter, die Lage des Weltmarktes richtig beurtheilender und mit großer Kaltblütigkeit begabter Mensch ist. Arbeitseinstellungen zur Verkürzung der Arbeitszeit oder zur Erhöhung der Löhne haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie in der Periode industriellen Aufschwungs unternommen werden und die Arbeiter die Offensive ergreifen. Streiks, welche die Unternehmer den Arbeitern aufzwingen wollen, sind — wenn nur irgend angängig — gerade deshalb zu vermeiden und lieber ist eine Zeit lang eine mäßige Bedrückung zu ertragen, als sich nutzlos zu verbluten. Mit der Ausbreitung der Partei und ihrer Presse gewinnen wir einen größeren

Einfluß auf die öffentliche Meinung, diese ist nimmerhin noch eine Macht und gegen offensichtliche Bedrückung mit Erfolg zum Schutze anzurufen. Die Kapitalisten sind nur ein geringer Bruchtheil der Bevölkerung und trotz der Bekämpfung der Presse durch sie, ist das Gros der Abonnenten der bürgerlichen Presse Kleinbürger, Bauern und indifferente Arbeiter und diese bei kluger Haltung in solchen Fällen für die Arbeiterklasse zu gewinnen. Die Arbeiter mögen daher in Fällen der Provokation zumeist den Spruch beherzigen, daß die Sache ein Gericht ist, das kalt genossen werden muß. Ein tüchtiger Feldherr nimmt nur dann eine Schlacht an, wenn die Chancen des Sieges auf seiner Seite sind, sonst weicht er dem Kampfe nach Möglichkeit aus. Im Allgemeinen werden die Leiter in der Generalkommission, wenn sie außer den von mir geforderten Eigenschaften noch eine gründliche Kenntniß der englischen Sprache besitzen, damit sie die in den englischen Handelswochenblättern, wie Public Ledger, erscheinenden Spezialberichte vom Waarenmarkte trotz ihrer Langweiligkeit mit großer Aufmerksamkeit lesen, sich alsdann ein zutreffendes Urtheil von der Lage des Marktes bilden und in zweifelhaften Fällen die Ansicht weitblickender Genossen einholen können. Trotzdem sind Täuschungen nicht ausgeschlossen, da z. B. die auf den Lägern der Zwischenhändler und der listen befähigten Vorräthe sich einer zuverlässigen Schätzung entziehen, von deren Größe aber sehr häufig der Erfolg eines Streiks abhängig ist. In derartigen Fällen darf man mit der Kommission nicht gar zu hart in's Gericht gehen, sie hat ihre volle Schuldigkeit gethan, wenn sie es an der erforderlichen Vorsicht nicht hat fehlen lassen, Unfehlbarkeit kann man von ihr nicht beanspruchen. Je ausgebildeter die Organisation ist, je mehr Anhänger das kämpfende Proletariat in den Reihen der Handlungsgelübten zählt, desto seltener werden derartige Irrthümer vorkommen. Nahezu ausgeschlossen sind sie in allen solchen Gewerkschaften, in denen große Vorräthe nicht angehäuft werden können, weil sie zu viel Raum einnehmen und bei längerem Lagern dem Verderben zu sehr ausgesetzt sind. Aus diesem Grunde können die Arbeiter in den Kohlenbergwerken, wenn sie zum bei weitem größten Theile organisiert sind und einen Reservefond für einen Lebensunterhalt von ca. 3 Monaten angesammelt haben, mit Sicherheit auf einen Sieg rechnen, sobald sie den Streik zur richtigen Zeit unternehmen. Nicht nur, weil dieser Berufsweige, einmal organisiert, der widerstandskräftigste gegen das Kapital ist, sondern auch weil er das Lebenselement für die Industrie und den Verkehr liefert, ist dessen Organisation durch die Generalkommission in erster Reihe in Angriff zu nehmen und die Partei verpflichtet, die politische Aufklärung unter den Mitgliedern dieses Berufes mit Hochdruck zu betreiben. Ist es uns gelungen, die Berg- und Hüttenarbeiter gewerkschaftlich zu organisieren und mit den Ideen des Socialismus zu erfüllen, dann sind wir unüberwindlich.

Jeder Versuch, die Rechte der Arbeiterklasse zu beschränken, ist von vornherein aussichtslos, die Macht der Partei schwillt mit der Gewinnung dieser Arbeiterschicht dermaßen an, daß ohne unsere Genehmigung kein Kanonenschuß abgefeuert werden kann, die bisherige gering-

schätzung, mit der die Gegner unsere Anträge auf Arbeiterschutz und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit behandelt haben, wird schwinden und einer größeren Breitenwirkung zu Concessionen Platz machen, denn etwas anderes ist es, ob wir im Namen von eindreihundert bis zwei Millionen organisierter Arbeiter reden. Die Gegner werden dann aus einem ganz anderen Loche pfeifen.

Die Gewerkschaften haben aber außerdem noch die Mission, die Arbeiter von dem Laster der Bourgeoisiegesellschaft, der kurzfristigen Selbstsucht, zu befreien und ihnen die sittliche Pflicht der Solidarität anzuerkennen. Diese ist aber nur gegen die organisierten Arbeiter oder solche Arbeiterschichten, deren gedrückte Lage ihnen eine Organisation unmöglich macht, zu üben; diejenigen Arbeiter aber, die aus Kurzsichtigkeit oder Selbstsucht sich nicht organisieren wollen, oder die ihre Streiks ohne Genehmigung der Kommission anfangen, sind von der Unterstützung prinzipiell auszuschließen. Wer auf eigene Faust gegen den Willen anderer Berufsweige in den Streik eintritt, hat ihn mit eigenen Mitteln auszusechten. Der Ausbeutung der minder gut situierten Arbeiter durch die besser situierten, muß ein Kiegel vorgeschoben werden. Im Allgemeinen ist auf die Hebung der schlechtest gestellten Arbeiter zuerst Bedacht zu nehmen, deren Organisation durch die besser situierten nachträglich Vorschub zu leisten. Haben die Arbeiter einmal mit der falschen Sentimentalität gebrochen, indem sie solchen Arbeitern, die die Vortheile der Organisation erst im Augenblicke der Noth erkennen, die Unterstützung versagen, so werden die Kurzsichtigen und Selbstsuchtigen schneller zur Einsicht kommen. „Wer nicht hören will, muß fühlen.“ Die Wahrheit dieses Sprichwortes wird sich auch ihnen als heilsam erweisen. Ich sympathisire durchaus mit der Ansicht des Verfassers des Artikels im „Vorwärts“ über die Lehren aus dem letzten Hamburger Streik, der den nicht organisierten Arbeitern jedes Recht, über die Fortführung der Streiks zu entscheiden, abspricht. Ich gehe sogar noch weiter, indem ich lediglich den organisierten Arbeitern das Recht einräume, den Beginn einer Arbeitseinstellung zu beschließen. Die Propaganda für die Ausbreitung der Organisationen ist mit aller Macht zu betreiben, jeder Arbeiter, der aus Böswilligkeit oder Indifferentismus sich der Aufklärung unzugänglich erweist, ist mit Nichtachtung zu behandeln und sein Umgang als der eines faulen Gliedes am Körper der Arbeiterklasse zu meiden. Ein derartiges Verfahren wird sich als mächtiger Hebel zur Ausbreitung der Kampforganisationen erweisen.

Da unter der schrankenlosen Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise der Arbeitslohn — von relativ kurzen Perioden industrieller Prosperität abgesehen — die Tendenz hat, beständig zu sinken und damit die physische und moralische Degradation (Herabwürdigung) der Arbeiterklasse herbeizuführen, eine depravirte (heruntergekommene) Arbeiterklasse aber unfähig ist die politische Macht zu erobern und ihre Emancipation zu vollziehen, so ist die Partei verpflichtet, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, die nach Marx dieser Tendenz wirksam entgegen zu arbeiten befähigt und berufen ist, mit aller Energie zu fördern. Konflikte zwischen der Parteileitung und der Centralleitung der Gewerkschaften sind ausgeschlossen, wenn in letzterer

## Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(91. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Alte nahm seiner Tabackspindel und warf ihn gegen den Käfig. „Halt Deinen Schnabel, Vieh!“ rief er zornig. Dann stellte er sich, die Pfeife im Munde, gerade vor Stefan hin, ihn musternd von Kopf bis zu den Füßen. „Warst so ein schöner Kerl, ich will Dir's nur sagen, ich war stolz auf Dich, Alles hat Dich angesehen und die Dirndl waren grad' alle verrückt in Dich. Hätt'st meinnetwegen ein Lump sein können, es hätt' Dich trotzdem eine jede von unsern reichen Dirndl'n mit Freuden zum Manne g'nommen. Den Teufel auch, so a G'wachs, wie Du g'habt hast, und so a G'sicht, und das feurige G'schau, das lockt die Weibskind', aber jetzt ist's aus damit, jetzt — weinen könnt, wenn man Dich anschaut — jetzt wird Dich keine mehr mögen.“ Und als ob dieser Gedanke ihn noch mehr gereizt, fuhr er heftiger fort: „Was hast g'macht mit Dir, Steffel? Verstimmlen hast Dich lassen vom Feldscheerer, und damit nicht g'nug, hast noch alle möglichen Krankheiten über Dich kommen lassen, und eing'fallen sind jetzt Deine Wangen, keinen Glanz haben Deine Augen, und Du hast kein' Kraft und kein' Saft mehr in Dir, und Du wankst wie ein Greis daher, Du bist Dein Lebtag zu keiner Arbeit mehr tauglich, Du bist zu nichts nutz — was soll ich mit Dir anfangen?“

Stefan wendete langsam die ersten, traurigen Augen dem Vater zu.

„Ja, Du hast Recht, ich bin ein Elender, zu nichts mehr zu gebrauchen, aber eben deshalb komme ich zu Dir, Vater. Wohin soll das Kind sich wenden, wenn es krank und verlassen ist, als an das Herz des Vaters, — ich habe keine andere Zukunft mehr, als Dich. Ich verlange

keine Hilfe, keine Rettung, kein Geld von Dir, aber laß' mich wenigstens bei Dir sterben, — Du kannst mich nicht so von Dir stoßen, Du darfst es nicht. Glaub' mir's, nur schwer entschloß ich mich zu diesem Schritt, die Verzweiflung hat mir ihn eingegeben, aber ich dachte, Du würdest milder, Du würdest gütiger gegen mich sein, ich dachte, Du müchtest Erbarmen mit mir haben, — aber Du bist hart und grausam, Du hast kein Herz.“

Er richtete sich auf, seine Stimme festete sich, aber sie war bei den letzten Worten noch düsterer geworden als zuvor.

„Wenn Du es auch nicht gern thust, Vater,“ fuhr er fort, „Du wirst es gezwungen thun müssen. Ein Vater hat Pflichten gegen sein Kind, wie dieses Pflichten gegen seinen Vater hat. Du kannst mich jetzt nicht fortjagen, Du darfst mich jetzt nicht hinausweisen in die Welt, so krank und hilflos, gebrochen an Leib und Seele — und wenn Du es dennoch thust, wenn Du mich jetzt gehen heißt, so ist das soviel, als ob Du einen Mord begangen hättest.“

„Jesus, Maria, Josef!“ schrie der Alte entsetzt auf. „Gott bewahre mich, Steffel, was Du auch willst red'st, Du sollst bleiben, Du sollst bleiben, Du sollst nicht die Straß' des Himmels auf mich herab beschwören.“

In diesem Augenblicke öffnete sich die Thür und Lorenz trat ein. Er hatte an der Thür gehorcht.

„Hat er Euch doch drankriegt!“ rief er mit einer Art derber Jovialität schon von der Thür her. „Habt Ihr Euch doch übertölpeln lassen von dem Wiener Frächtel? Hab' mir's wohl gedacht, — aber jetzt reden wir zwei einmal ein Wörtel miteinander,“ wendete er sich mit barscher Weise an Stefan; „mir darfst nicht so jämmerlich kommen und nicht so talkeits Zeug vorschwätzen; mit mir mußt hübsch klar reden und deutlich, und nun sag', was willst Du eigentlich?“

Stefan maß ihn mit einem Blick unendlicher Ver-

achtung, die bebenden Lippen blieben eine Weile geschlossen, dann sagte er entschlossen:

„Nichts will ich mehr; nichts von ihm, nichts mehr von Dir.“

Er schritt der Thür zu.

Der alte Grillenhof stellte sich ihm entgegen. „So ist's nicht g'meint, Steffel,“ rief er in sichtlich Angst es war die Angst vor Hölle und Teufel; „Du sollst dableiben, trotzdem daß wir wenig Platz haben, bis sich was für Dich gefunden hat, — wir wollen nachdenken. Auf jeden Fall sollst Du, wenn Du gehst, ein paar hübsche Gulden mitkriegen, — oh, hilflos lassen wir Dich nicht, beiseibe nicht, das soll mir Niemand nachsagen dürfen.“

„Mir auch nicht,“ sagte Lorenz, „wir lassen Nichts auf uns kommen, wir lassen uns nicht bereden von den Leuten; wir werden thun, was sich g'hört, und was man billigerweise von uns verlangen kann. Uebrigens ist die Komödie, die uns der Steffel da vorspielt, nicht ernst zu nehmen. Du sagst, Du hätt' keine Hilfe und keine Zuflucht? Das wär' schön, zu was zahlen wir denn die schweren Steuern und Schinden und plagen uns, wenn unsere Söhne und Brüder, die sie uns zu Soldaten nehmen und in den Krieg führen, dafür nicht eine anständige Verforgung hätten? — Der Staat, der unsere Steuern einsteckt, übernimmt damit die Verpflichtung, für sie zu sorgen. Er wird auch für Dich sorgen, wie für alle andern. Bleib' einige Tage als Gast bei uns, wir werden Dich freundlich bewirthen, wie sich's ziemt, wir werden uns nicht spotten lassen, dann kriegt ein Reisegeld und fährt damit wohin Du g'hörst, in's Invalidenhäus. Tausende leben dort ganz glücklich und zufrieden, und ich seh' garnicht ein, warum Du es nicht auch solltest können, und warum g'rad Du was Besonderes haben müchtest; aber das kommt halt, wenn man so ein überspannter Mensch ist. Uebrigens, ich will Dir keine Vor-

prinzipienklare Genossen die Führung haben, die über die Grenzen der gewerkschaftlichen Macht und die weiten Aufgaben, die die Gewerkschaften zu erfüllen haben, nicht im Unklaren sind, welche also die Thätigkeit der Fachorganisationen vorzugsweise in die von Marx angegebene Richtung lenken, und wenn in der Parteileitung Einstimmigkeit über die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur endgültigen Emancipation der Arbeiterklasse herrscht.

## Aus Nah und Fern.

**Ein schlummer Arznenvater.** Oberburg. Die Strafkammer des Landgerichts verhandelte gegen den Armenhausvater Tammo Heiko v. Lengen wegen Verbrechen wider die Sittlichkeit und wegen Unterschlagung. Das Sittlichkeitsverbrechen soll er mit Abhängen der Armenanstalt und das Eigentumsvergehen in seiner Eigenschaft als städtischer Beamter begangen haben. Für den ersten Theil der Anklage wurde die Dessenlichkeit bei der Verhandlung ausgeschlossen. Das Gericht sprach ihn schuldig und erkannte auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten Zuchthaus.

**Militärtaatsliches.** Aus Kulm wird berichtet: Nach einem sehr bewegten Leben starb in diesen Tagen der 63jährige Streckenarbeiter Klatt in Ruda (Kreis Stulm). Anfangs der 60er Jahre stand Klatt als Unteroffizier in Graudenz in der Kompagnie des viel genannten Hauptmanns von Besser. Am 7. April 1862 ignorierte die 12. Kompagnie des 8. Ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 45, als sie auf der damaligen Festung Graudenz zum Exerzieren angetreten war, das abgegebene Kommando des Hauptmanns von Besser. Die Leute waren der — durch die Untersuchung auch später als zutreffend nachgewiesenen — Ansicht, daß sie vom Kompagnieführer (der schon damals Spuren des später ausgebrochenen Irrens zeigte, ungerichtet behandelt, ja geradezu genüßt worden seien. Als Hauptmann v. Besser einen Gewehrgreif befahl, behielt die Mannschaft Gewehr bei Fuß, dem Kommando eines andern Offiziers aber wurde willig Folge geleistet. Die Kompagnie wurde einseitig isoliert und exerzierte unter Führung des Premierlieutenants v. Fiedler, nur vom Wach- und Patrouillendienst wurde sie ausgeschlossen. Am 6. Oktober 1862 wurde auf der Festung Graudenz durch den Auditor Hiersemenzel eine königliche Kabinettsordre verlesen, welche das kriegsgerichtliche Urtheil bestätigte, das sich auf 101 Mann erstreckte. Fünf Unteroffiziere wurden zu mehrjährigen Festungsgewängnisstrafen und zu Degradation verurtheilt (Unteroffizier Klatt erhielt wegen Aufreizung 19 1/2 Jahre), die Mannschaften erhielten geringere Strafen wegen Meuterei und Gehorsamsverweigerung vor versammeltem Kriegsvolk. Fast alle Verurtheilten sind vor Ablauf der Strafen begnadigt worden. 1870 wurde auch Klatt in Freiheit gesetzt. Im Landwehrverhältnis stehend, wurde er aber gleich wieder zu seinem Regiment als Gemeiner eingezogen und that sich in Frankreich in verschiedenen Schlachten hervor, jedoch ihm bald wieder die Treppen verliehen wurden. Nach dem Feldzuge fristete er als Arbeiter sein Dasein. Von Gicht und Rheumatismus geplagt, vielleicht in Folge des langen Aufenthaltens in den Kasematten, war er lange Wochen bettlägerig. Hauptmann von Besser ist am 8. Oktober 1862 wegen „Ueberschreitung dienlicher Befugnisse“ zu einjährigem Festungsarrest, den er in Pillau zu verbüßen hatte, verurtheilt worden. Herr von Besser ist im Zrenthaus gestorben.

**Bequemer Verdienst.** Aus Halle a. S. schreibt man der „Zeit“: In der „Saale-Bzg.“ finde ich folgen-

würf machen, Gott bewahr, Du kennst jetzt doch unsere Meinung und wirst Dich darnach richten.“

„Ich werde mich darnach richten.“

Der Alte that ihm wieder einige Schritte nach. „Du kommst zum Nachhaken wieder, das versteht sich,“ rief er mit einer gewissen ängstlichen Besorgniß; „Dein Zimmer von ehemals kanst freilich nimmer haben, aber wir werden Dir schon was herrichten.“

Sie waren bei der Thür angekommen. Grillhofer reichte seinem Sohne die Hand.

„Du siehst, Steffel, wir thäten's gut mit Dir meinen, und darum hoff' ich auch, daß wir in Frieden auseinandergehen.“

„In Frieden,“ wiederholte Stefan dumpf. Er drückte dem Vater die Hand, dann ging er hinaus, ohne seinen Bruder eines Blickes zu würdigen.

Der gelbe Kanarienvogel schmetterte ihm einen höhnischen Tiller nach, dann setzte er sich beruhigt an sein gewohntes Plätzchen und steckte den Kopf zwischen die Flügel.

In der Villa der Gräfin Brandis waren Thüren und Fenster, die auf die mit Blumen und Blattpflanzen reichverzehrte Terrasse hinauszogen, weit geöffnet. Die Hausfrau und ihre Gäste waren von dem reichlichen Mahl, dem Sprechen und den zahlreichen Toasten, welche ausgebracht worden, ziemlich erhitzt, und das erfrischende Lüftchen, das vom See hereinwehte, erschien allen äußerst angenehm.

Die Gräfin hatte ihrem Neffen, dem erst vor einer Woche zu einem kurzen Besuche eingetroffenen Gwald zu Ehren ein splendid Dinner gegeben. Natürlich durfte dabei die Familie Tiefenbach nicht fehlen. Man war jetzt beim Dessert und befand sich in der fröhlichsten Stimmung.

Gwald, der der siegreichen Armee angehörte, war noch

den Brief aus dem Leserkreis: „Die Portiers von vielen hiesigen Fabriken verkaufen Flaschenbier für 10 Pf. Bei der Hitze hat jüngst ein Portier an einem Tage über 6000 Flaschen verkauft. Nun hat der Portier an jeder Flasche 1 Pf. Verdienst. Da kann man leicht ausrechnen daß der Portier an einem Tage so viel Nebenverdienst hat, wie ein Arbeiter Wochenlohn verdienen darf. Ich bin nicht neidisch und will jedem Portier einen kleinen Nebenverdienst gönnen für seine Mühe, obgleich sie nicht sehr groß ist. Aber ein Theil des Verdienstes aus unseren Groschen könnte doch wieder den Arbeitern zu Gute kommen. Vielleicht sorgen die Herren Fabrikbesitzer daß von dem vielen Nebenverdienst an dem Flaschenbier etwas zurückgelegt wird für außerordentliche Unterstellungen in Noth- und Sterbefällen. Natürlich unter Verwaltung oder Mitverwaltung der Arbeiter, aus deren Groschen der Verdienst herflammt. Achtungsvoll . . . r . . . Schloffer.“

**Der hneulungefallene Landrath.** Eine interessante Entscheidung hat unlängst das Oberlandesgericht Naumburg gefällt. Der Zuschneider S. war als Verfasser der in der „Thür. Tribüne“ erschienenen „Danking“ gelegentlich der Kaiserfeier 1896 unter Anklage gestellt und zu 50 Mt. Geldstrafe verurtheilt worden. Den Verteidigten (Erster Bürgermeister Schmidt und Landrath von Müßling) war das Recht zugesprochen, den Urtheilstenor in der „Thüringer Tribüne“ und dem „Allgem. Anz.“ auf Kosten des Beklagten bekannt zu geben. Der Landrath hatte dies denn auch in letztgenanntem Blatte gethan, aber in einer Weise, daß der Sache dadurch der Charakter eines gerichtlichen Urtheils verloren ging, vielmehr geradezu eine Beleidigung des S. enthielt. Dieser weigerte sich denn auch, die vom Landrath hinterlegten Kosten für das Inserat zu zahlen. Als mit Exekution gedroht wurde, führte S. Beschwerde beim dortigen Landgericht. Letzteres erkannte im Sinne des Landraths. Mit diesem Entscheid nicht zufrieden, wandte sich S. an das Oberlandesgericht Naumburg. Letzteres hat nun den Beschluß des Vorderrichters aufgehoben und erkannte, daß, da das Inserat im „Allgem. Anz.“ den Urtheilstenor nicht enthalte, sondern einen privaten Charakter trage, die Insertionsgebühren dem Beklagten nicht anzuzurechnen seien. Also muß der Landrath zahlen!

Zu geschichtlichen Forschungen hat die Reichstagswahl in Wiesbaden die Freisinnigen angeregt. Ueber die Anherren des Zentrumslandboten in Wiesbaden schreibt der „Wiesb. Anz.“: „Nur die geschichtlich nicht beglaubigte Tradition weiß zu melden, daß die Fugger von einem armen Weber Namens Johannes abstammen, der 1368 aus dem Dorfe Graben nach Augsburg wanderte. Was aber die beglaubigte Geschichte weiß, ist dies, daß Ulrich Fugger durch geschickte Geld- und Creditoperationen den Reichthum des Hauses begründete und 1494 mit seinen Brüdern eine Handelsgesellschaft errichtete. Schon im Jahre 1473, als Kaiser Friedrich sich in Augsburg zum Zug nach Trient rüstete, begann Ulrich F. mit den Fiskus des Hauses Desferreich die in der Folge zu so enormer Höhe gelangten Geldgeschäfte abzuschließen. Auch die kleinsten Vortheile verschmähte er nicht, wie beispielsweise durch ihn Albrecht Dürers Schöpfungen nach Italien versendet wurden. (Chr. Meyer, Deutsche Biographie.) Jakob F., geboren 1459, brachte den Handel zu einer solchen Höhe, daß er die Geschäfte in Wolle, Seide und Spezereien nur noch nebenher betrieb und sich hauptsächlich auf Bergbau und Bankgeschäfte verlegte. In Spanien wie in Tyrol, in Ungarn wie in Kärnten gelang es ihm, eine Reihe der ergiebigsten Silber-, Kupfer- und Bleibergwerke an sich zu bringen. Der veränderten Handelsrichtung nach Ost-

während des Feldzuges zum Hauptmann avancirt und hatte nach Jahresfrist eine abermalige Beförderung zum Major erfahren. Welche Ehre, welche Freude für die Familie! Der jugendliche Major wurde von den Seinen als ein Held begrüßt, allein berufen, den Ruhm und die militärischen Ehren der Wachtler von Hohenwang zu bewahren, zu vermehren.

Von Hans war dergleichen nicht zu erwarten. Der war noch immer Lieutenant, und er hatte vor einiger Zeit seiner Familie mit Festigkeit verkündet, daß er den Dienst verlassen werde und die Absicht habe, sich der Landwirthschaft zuzuwenden. Der General hatte ihm hierauf nur mit einem höhnischen Achselzucken geantwortet. Er konnte auch wirklich nichts anderes thun, war er doch selbst mit sich im Unklaren, was er mit dem Menschen anfangen solle.

Hans hatte sich als Soldat brav gehalten, er hatte auf dem Schlachtfelde tapfer gekämpft, bis er verwundet davon getragen wurde; er zeigte trotzdem weder Vorliebe noch Anhänglichkeit für den Stand, dem er angehörte, ja, er verrieth Ideen und es bildeten sich Anschauungen bei ihm heraus, die den guten alten Traditionen derer von Wachtler schnurstracks entgegenliefen. Kurz, für den Krieg war er am Ende noch tauglich gewesen, für einen Offizier im Frieden, wo der Dienst strammer gehandhabt wird, war er es nimmer.

Der General, dem die radikalen demokratischen Tendenzen seines Sohnes immer klarer zu werden angingen, zitterte, er konnte diesertwegen einmal in einen Konflikt gerathen. Nicht für den Sohn bangte ihm alsdann, aber für seine Ehre, für seinen Namen. Seine Familie hatte seit undenklichen Jahren mit Auszeichnung im Heere gedient, strengste Musterhaftigkeit und Loyalität bewahrt, und wiederholte Anerkennung war ihr deshalb zu Theil geworden; doppelt schmachvoll wäre es nun gewesen, wenn sein eigener Sohn einst wegen Sub-

indien wußte er sich ebenso rasch als glücklich zu akkommodiren. (W., D. B.) Mit seinem dergestalt erworbenen Reichthum konnte er manchem bedrängten Fürsten und auch dem Papste unter die Arme greifen — vielleicht spielte das Geld in politischen Dingen, z. B. zur Bestechung bei der Kaiserwahl, eine größere Rolle als in jener Zeit — und der Lohn war Titel und Standeserhöhung: 1504 wurde er sammt seinen Brüdern vom Kaiser geadebt.“ Eugen Richters „Freis. Bzg.“ bemerkt dazu: Wenn danach jener Fugger heute gelebt hätte, so würde er wahrscheinlich von der Zentrumsparthei zu den Börsenmännern gerechnet worden sein, deren „Treiben“ man in jeder Weise durch Gesetze entgegenzutreten müsse. Uebrigens ist ein späterer Ulrich Fugger zum Protestantismus übergetreten und wurde deshalb von seinen Brüdern unter Kuratel gestellt, freilich unter dem Vorwande, daß er sein Vermögen mit Gelehrten und Künstlern vergeude.

**Der Herr Meserveutenant als Demuziant.** Die „Münchener Post“ erzählt folgende Geschichte: Ein Gemeiner vom 1. Infanterie-Regiment stand unlängst Nachts auf Posten, als ein elegant gekleideter Herr auf ihn zu trat und ihm mit dem Bemerkten, bei dieser Hitze werde auch einem Soldaten das Bier gut schmecken, eine Mark und einige Cigarren schenkte. Der harmlose Vaterlandsverteidiger ahnte nichts Böses, steckte das Geschenk ein und bedankte sich hiernächst bei dem guten Fremden, war aber nicht wenig überrascht, als er, ins Wachtloch zurückgekehrt, davon Kenntniß erhielt, daß jener Soldatenfreund schon da gewesen sei, sich als Lieutenant der Reserve legitimirt und gegen den Posten Meldung erstattet hätte. Der jouthabende Offizier, dem der Unglücksrabe von Soldat als tüchtiger, strebsamer Mann bekannt war, sah in Anbetracht der Umstände von einer Meldung an die Kommandantur ab, erstattete nur dem Hauptmann Anzeige, welcher ebenfalls Gnade für Recht ergehen ließ und dem Soldaten fünf Tage Mittelarrest billigte. Ehe der Soldat jedoch diese fünf Tage abgelesen hatte, traf gegen ihn ein weiterer Strafbefehl von der Kommandantur ein, der wegen Wachergehens auf 14 Tage Kasten lautete. Der brave Lieutenant der Reserve hatte, um sein Mütchen an einem armen Soldaten ganz zu kühlen, bei gewannter Behörde selbst Anzeige erstattet.

**Behrdliche Reklame.** Aus La h r meldet die „Badische Landeszeitung“: Seit einiger Zeit tragen die städtischen Gaslaternen in schöner rother Schrift auf einer Glascheibe die Worte: „Röche mit Gas!“ Vielleicht entschließt man sich, diese Art Reklame auch auf andere städtische Anstalten auszudehnen, z. B. am Rathhaus: „Zahle viel Steuern!“, an der Sparkasse: „Spare viel Geld!“, am Schlachthaus: „Esse viel Fleisch!“ und in der künftigen städtischen Wirthschaft neben der Kaserne: „Trinke viel Bier!“

**Er kennt seine Wappenhemer.** — nämlich der nationalliberale Amtsverklündiger von Schoppsheim (Waden) seine Leser. Dieses Weltblatt, welches sich „Verklündigungsblatt für das Bieser-, Wehra- und Rheinhalt, sowie der benachbarten Bezirke und Markgräfler Tagblatt“ nennt, und welches in der anerkanntesten Selbstkenntniß sein Dasein fristet, daß sein sogenannter politischer Theil nur der Umhüllung von Käse und ähnlichen sogar noch weniger wohltuenden Zwecken zum Opfer fällt, ersucht in der Nummer vom 4. Juni die Leser, wenigstens einmal von dem alltäglichen Brauch abzusehen und auch einmal den politischen Theil zu lesen. Die erschütternde Mittheilung des Blattes lautet: „Schoppsheim, 4. Juni. Diejenigen Leser, welche außer den Anzeigen nur den lokalen Theil zu lesen pflegen, machen wir darauf aufmerksam, daß der heutige Leitartikel „lokales“ Interesse bietet.“

ordinationsverletzung bestraft oder gar seiner demokratischen Gesinnung wegen verdächtigt worden wäre. Es wäre das Schlimmste gewesen, was ihm hätte widerfahren können. Da also von Hans nichts Gutes zu erwarten war, da der Vater einseh, daß er sich dieses Sohnes nie werde rühmen können, ja, daß dieser im Stande war, einen Makel auf seinen Namen zu werfen, und am Ende noch der Laufbahn seines Bruders hinderlich werden konnte, so war es wohl das Beste, wenn er dem Entschlusse dieses Menschen, den Dienst zu quittiren, nichts entgegensetzte, wenn er darein willigte, daß sich dieser für immer in ländlicher Einsamkeit begrabe. Aber sein Groll und seine zornige Mißachtung verminderten sich deshalb nicht, sondern sie empfingen nur täglich neue Nahrung. Er verweigerte es entschieden, dem Sohne eine Stelle auf seinem Gute zu geben, obwohl ihn dieser darum gebeten hatte; er sagte ihm, daß er nur wenig Vertrauen in seine Tüchtigkeit und noch gar keine Garantien dafür habe, daß er von Oekonomie überhaupt etwas verstünde, überdies wünsche er den eigenen Sohn nicht in einer Subalternstellung auf seinem Gute zu sehen, und Hans habe dies auch nicht nöthig, da er als Vater, so lange er sich dessen nicht unwürdig zeige, für alle seine Bedürfnisse Sorge tragen werde.

(Fortsetzung folgt.)

## Literarisches.

In Freien Stunden, Mitirte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts) Preis pro Heft 10 Pf. enthält in Nr. 24 und 25 den Schluß des V. Hugo'schen Romans 1793 und den Anfang einer Erzählung von Robert Schweißel: Aus dem Leben der Enterbten. I. Florian Geyer's Heldentod. Weiter: Abrechnung (eine novellistische Skizze aus dem rumänischen Bauernleben). — Der Artist (Drama aus dem Juktusleben). — Dies und Jenes (Feuilletonistische und kulturhistorische Skizzen). — Witz und Scherz. Mit Heft 27 beginnt ein neues Abonnement und ein neuer Roman: Der Kampf um die Scholle.